

**Bericht zum Bundeskongress der linksjugend ['solid]**

*Information aus der Landesvorstandssitzung vom 8. Mai 2015*

---

- Information:** Der Landesvorstand der LINKEN Sachsen nimmt den Bericht zum Bundeskongress von linksjugend ['solid] zur Kenntnis.
- Politische Botschaft:** Der sächsische Landesverband der linksjugend ['solid] bringt sich, auch durch seine lebendige Delegationsarbeit, aktiv in die Debatten des Bundesverbandes ein und übernimmt auch in Zukunft Verantwortung in Gremien des Bundesverbandes. Der Beschluss des Antrags „Gegen jeden Antisemitismus“ durch den BuKo ist ein politischer Erfolg der linksjugend ['solid] Sachsen.
- Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit:** Veröffentlichung im Internet ([www.dielinke-sachsen.de](http://www.dielinke-sachsen.de))
- Finanzen:** keine
- Die Vorlage wurde abgestimmt mit:** Beauftragtenrat
- Den Beschluss sollen erhalten:** Landesvorstandsmitglieder, Landesratsmitglieder, Kreisvorsitzende, Ortsvorsitzende, sächsische Mitglieder im Bundesausschuss, Fraktionsvorstand der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, Pressesprecher der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag; Fraktionsgeschäftsführer der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, Landesparteitagsdelegierte, sächsische Bundesparteitagsdelegierte, Landesweite Zusammenschlüsse, Jugendkoordinator

F.d.R.

Dresden, 12. Mai 2015



Antje Feiks  
Landesgeschäftsführerin

## **Bericht Bundeskongress von linksjugend ['solid]**

Vom 17. bis 19. April fand in Erfurt der Bundeskongress (BuKo) von linksjugend ['solid] statt. Der Bundeskongress ist eine Delegiertenversammlung mit insgesamt 250 Delegierten. Die sächsische Delegation umfasst 20 Personen und ist damit (zusammen mit Niedersachsen und Baden-Württemberg) die drittgrößte Delegation nach Bayern (20 Delegierte) und Nordrhein-Westfalen (44 Delegierte). Immer wieder war die Delegiertenzahl als auch die Zuteilung Debatten- und Antragsgegenstand auf dem BuKo. In der Vergangenheit gab es zum Beispiel die Vorschläge, die Gesamtzahl von 250 auf 200 zu senken oder auch die Maximalanzahl einzelner Landesverbände bei einer bestimmten Größe zu deckeln. Auf dem diesjährigen Bundeskongress gab es den Antrag von Delegierten aus Brandenburg, die Mindestzahl der Delegierten für kleine Landesverbände von derzeit 6 auf 10 Delegierte anzuheben. Dies wurde jedoch, auch mehrheitlich mit den Stimmen der sächsischen Delegation, abgelehnt, weil es die bereits sehr disproportionale Repräsentanz zu intensiv verstärken würde. Überhaupt wurde bis zu diesem BuKo seit Gründung des gemeinsamen Jugendverbandes nur einziger satzungsändernder Antrag beschlossen. Jetzt kam eine kleine Änderung in diesem Jahr hinzu, die die Landesverbände Sachsen und NRW gemeinsam stark gemacht hatten.

In Vorbereitung des BuKos finden seit vielen Jahren Delegiertenberatungen der sächsischen Delegation statt. So auch in diesem Jahr. Auf diesen Sitzungen werden vor allem Anträge diskutiert und aus der Debatte entstehen auch häufig Änderungsanträge. Bereits im Vorfeld des Bundeskongresses hatte das Landesjugendplenum des sächsischen Landesverbandes zwei Anträge an den Bundeskongress beschlossen, darunter den Antrag „Gegen jeden Antisemitismus“ und eine Distanzierung vom so genannten „Friedenswinter“. Das gute Arbeiten der sächsischen Delegation hat sich unter anderem auch darin gezeigt, dass eine eigene Antragsynopse erarbeitet worden ist, Änderungsanträge fristgemäß eingereicht worden sind und sowohl auf dem Bundeskongress als auch unmittelbar und etwas länger nach der Tagung Delegationstreffen stattgefunden haben. In letzteren wurde die eigene Arbeit auf diesem BuKo in Hinblick auf die kommenden ausgewertet.

Die sächsische Delegation war, u.a. wegen einiger Krankheitsfälle, am Ende mit 19 von 20 Delegierten anwesend – was verglichen mit anderen Delegationen eine doch sehr hohe Anwesenheitsquote ist. Von den insgesamt 250 Delegierten waren nämlich nur ca. 180 angereist.

Der Bundeskongress arbeitet seit einigen Jahren nach dem Konzept „BuKo neu denken“, was dazu führen soll, etwas von den typischen Rede- und Antragschlachten im Saal wegzukommen und mehr in kleineren Gruppen und Workshops zu diskutieren. Außerdem werden Anträge in „Projektanträge“ und „Positionierungsanträge“ und „sonstige Anträge“ unterteilt. Auf diesem BuKo gab es auch einen Leitantrag des BundessprecherInnenrates (BspR), der mit den Schwerpunktthemen Feminismus, Antirassismus und Prekarität beschlossen worden ist.

Insgesamt war das Zeitbudget in Angesicht der vielen Anträge, Wahlen und Debatten jedoch knapp bemessen, so dass viele Anträge im Plenum nicht mehr abgestimmt werden konnten. Beschlossen wurde jedoch beispielsweise eine Kritik am aktuellen Kurs der griechischen Linksregierung als auch der sächsische Antrag „Gegen jeden Antisemitismus“. Beides waren Anträge, die sehr leidenschaftlich diskutiert worden waren. Nicht angenommen wurde leider unser Antrag auf Fahrtkostenunterstützung für nicht-sächsische Teilnehmer\*innen des Pfingstcamps.

Bereits in der letzten Legislatur arbeiteten Sächs\*innen auf Bundesebene mit. So stellte der sächsische Landesverband ein Mitglied der Bundeskassenprüfung und 2 Mitglieder in der Bundesschiedskommission. Nach den Wahlen in diesem Jahr ist mit Josi Michalke auch wieder

ein Mitglied unseres LV im 8-köpfigen BSpR vertreten und Rico Knorr setzt seine Arbeit in der Bundeskassenprüfung fort. Am Ende musste die Tagung des BuKo wegen Feststellung der Beschlussunfähigkeit leider abgebrochen werden.

#### Andere Berichte

Bericht des neuen BspR: <http://gleft.de/TB>

Bericht der sächsischen Delegation folgt bis zum 31.05.2015 (dann auf Website)